

Volks-Zeitung

Landeszeitung für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 162

Samstag 213

Abonnementspreis: für Heftige und einmündige Leser monatlich RM. 6,00, vierteljährlich RM. 18,00 frei Haus. Durch die Post bezogen zusätzlich postal. Gebühren.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 22. April

Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breit mit 10 Zeilen hoch. Die Spalte 20 mm breit mit 10 Zeilen hoch. 1. Abdruck am 1. April, 2. Abdruck am 2. April, 3. Abdruck am 3. April.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigent. Berliner Schriftleitungs-Verlag und Druck von Otto Hehle, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Ueber das belgische Besetzungsgebiet ist für drei Wochen der Belagerungszustand verhängt worden.

* Litwino hat als Vertreter der Sowjetregierung ein Abkommen mit den französischen und belgischen Vertretern unterzeichnet, nach dem der Austausch der Kriegsgefangenen innerhalb drei Monaten vollzogen sein soll.

* In Anhalt haben sich geheime Brand- und Sprengstoffversuche gebildet. Ueber die Grafstadt Mark wurde der verhängte Ausnahmezustand verhängt.

* Die Entente hat Einspruch gegen die Bildung von Arbeiterwehren in Deutschland erhoben.

* Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten in der französischen Kammer nahm eine Entschließung an, in der die billige Entwaflnung Deutschlands gefordert wird.

Deutschlands völlige Entwaflnung

Paris, 21. April.

Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten nahm einstimmig folgenden Antrag Maurice Raynauds an: Die Kammer beschließt im Interesse der Erlangung eines allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen allen Völkern die völlige Entwaflnung Deutschlands und fordert die Regierung in aller Form auf, zu verlangen, daß die durch den Pariser Vertrag festgelegten Entwaflnungsbedingungen vollständig genau durchgeführt werden. Der Ausschuss beauftragt seinen Vorsitzenden Louis Barthou, der Regierung seinen Beschluß zu übermitteln.

Milderung des Versailler Vertrages?

San Remo, 21. April.

Von gut unterrichteter diplomatischer Seite wird dem Korrespondenten des „L'Ubr-Messager“ berichtet, daß England und Italien beabsichtigen, eine Milderung der Versailler Friedensbestimmungen durchzuführen. Nach wie vor setze jedoch Frankreich die härtesten Widerstand entgegen, und zwar mit der Begründung, daß eine milde Auslegung des Friedensvertrages mit dessen Revision ohne weiteres verbunden sein würde. Die finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages mit der Ziffer sind heute vom Obersten Rat endgültig gebilligt worden.

Neuorganisation des Wehrministeriums

Berlin, 21. April.

Der Reichswehrminister ist zugeeilt mit dem Vorschlag für eine völlige Neuorganisation seines Ministeriums beabsichtigt. Bei der Neugliederung, die im Gange ist, wird u. a. auch die Stellung des Generals v. Seekt endgültig geregelt werden. General v. Seekt ist als Chef der Generalinspektion des Reichswehrministeriums zurückgetreten, als Vizechef für Generalinspektionen unter dem Reichswehrminister angezogen. Gleichzeitig mit dem Chef der Generalinspektion ist nicht Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos I Berlin, dessen Geschäfte vielmehr der früher in Stuttgart kommandierende General v. Bergmann befehligt. Räumlich ist General von Seekt nicht Oberbefehlshaber in den Marken, da mit der Neuorganisation des Ausnahmestandes ein militärischer Oberbefehlshaber in den Marken überhaupt nicht mehr existiert.

Der Verkehr mit Danzig

Berlin, 21. April.

Wie die „R. Z.“ aus Danzig meldet, ist zwischen der polnischen Regierung und Sir Reginald Lyster ein Abkommen über Eisenbahn-, Telephon-, Telegraphen- und Postfragen abgeschlossen worden, das u. a. folgende Bestimmungen enthält: Die Verwaltung der Eisenbahnen geht ausschließlich in die Hände des freistaates Danzig über. Von Danzig nach Berlin und Königsberg verkehren durchgehende Züge, die auf polnischem Gebiet weder halten noch der Kontrolle ausgesetzt sind. Güterzüge werden teilweise auch durchgehend nach Deutschland zu geführt. Etwa 1000 Personen werden in geschlossenen, plombierten Wagen befördert. Die Danziger Behörden erhalten direkte Telephon- und Telegraphenverbindungen nach Deutschland. Die oberste Kontrolle wird einseitig nach von England ausgeübt.

Die Not der deutschen Ostmark

Deutschnationale Interpellation über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen durch polnisches Gebiet — Außenminister Dr. Köhler über die Polenpolitik — Des Reichsausschusses

Berlin, 21. April.

Präsident Rechenow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Interpellation Baerde betreffend Durchgangsverkehr nach Ostpreußen durch polnisches Gebiet.

Herr Baerde (Zentrum) begründet die Interpellation. Polen sollte uns zu dem verschließen sein. Glaubt dessen bei es jetzt nicht unsere Hand zurückzuführen, die wir ihm zu freundschaftlichen Beziehungen haben. Wir empfinden, was es heißt, Recht ohne Macht zu haben. Der Friedensvertrag liefert uns den freien Durchgangsverkehr auf allen Linien. Jetzt wird er auf die englische Lebensbahnlinie Gersz-Marienwerder beschränkt, Ostpreußen soll dem Rechte abgeschnitten werden. Die unerträglichsten Bedingungen durch die Polen sind in Anfragen meiner Partei, der Demokraten und der Wirtschaftsjournalisten der Regierung zur Kenntnis gebracht worden. Die Regierung hat nichts geantwortet. Es ist aber noch schlimmer geworden. Wir Sippen wollen lieber mit Deutschland hungern, als mit den Polen überleben haben. Aber geistlich muß etwas, aber kein Geld in die Welt zu bringen müssen zum Schutze gegen den Bolschewismus in Ostpreußen erhalten bleiben. Die Wirtschaftslage der Provinz muß gehoben werden. Wir hoffen, daß der neue Reichsminister des Außen eine frische Geißel der Initiative in sein Amt bringen wird.

Reichsminister des Außen Dr. Köhler: Der polnische Korridor ist ein rein wirtschaftliches Gebilde, das dem Aufbau eines wirtschaftlich gesunden Europas im Geiste schließt. Wir sind nicht bereit, daß Polen mit der Ausbeutung seiner Provinz nicht fertig wird und die Sperre des Korridors uns unangenehm verlängert. Wir müssen an einen endgültigen Abkommen kommen, wie es uns ausliegt. Die hindurchgehende Politik der Polen verfährt das bisher. Wir sind noch immer auf den Artikel 89 des Friedensvertrages angewiesen, der uns die völlige Freiheit des Durchgangsverkehrs nicht gibt. Gewisse Fehlerpolitik halten wir in Verhandlungen erreicht, als der Militärputsch beabsichtigt. Die Polen brauchen die Verhandlungen ab, da sie die Volkswirtschaft unserer Ostprovinz nicht mehr erkennen. Wir machen uns die Korridorfrage zum Gegenstand von Verhandlungen in Paris. Die Polen dort sind bereit, in diesen Tagen die Verhandlung darüber zu beginnen. Nach Verhandlungen von heute morgen dürfen wir hoffen, daß sie an einem neuen Resultat führen werden. In diese Verhandlungen hinein ist nun

die polnische Sperrverfügung angeht wegen der Bahnnotwendigkeiten gelegt, die auch die deutsche Regierung sehr peinlich berührt hat. Die Eisenbahn-Verwaltung steht während dessen nur für einzelne deutsche Bahnen in polnisches Gebiet und nur für eine einzige Bahn, eine örtliche pöbliche Sperre entspricht nicht dem Sinne des Artikels 89 des Vertrags. Wir haben sofort Einspruch erhoben. Unsere Beamten sind besonders jähre davon betroffen. Wir haben auch bei der internationalen Kommission in Paris protestiert. Wegen der Ablehnung des Auswärtigen Amtes, des polnischen Ministeriums des Außen und des Reichsministeriums nach Polen zur Regelung der Beamtenfrage. Es ist Aussicht vorhanden, die Bahnverträge zu mildern. Zwangsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet erlauben sich, weil wir schon die Ausfuhr gesperrt haben, die Polen seine wirtschaftlichen Verbindungen nicht erfüllt hat. Die Abschirmung Ostpreußens sind durch Verbesserung der Eisenbahnen verbunden. Niemand weiß, wie die Dinge im Osten sich gestalten werden. Polen muß auch mit Rücksicht auf die vielen Deutschen in seinen Grenzen mindestens ein erträgliches Verhältnis zu uns innehalten. Die Regierung wird alles tun, Ostpreußen wirtschaftlich und administrativ diejenige Selbständigkeit zu gewähren, die es beanspruchen kann. Geht und moralisch wollen wir mit den Ostpreußen in alter und voller Gemeinschaft leben.

Herr Wolf (Sozial) schließt an eigenem Erlebnis die Schicksale der polnischen Soldaten und Beamten im polnischen Korridor. Wir, Gebiets (Zentrum) wünscht, daß die Unterhändler mit den Polen etwas weniger Zugänglichkeit zeigen möchten. Das hängt mit dem etwas veralteten Geiste im Auswärtigen Amt zusammen. Die Polen betonen demgegenüber die Verhandlungen nicht vom sachlichen, sondern vom politischen Standpunkte.

Herr Dr. Meißner (Zentrum): Die Polen täten gut daran, sich allmählich an die Bestimmungen des Vertrags zu gewöhnen, die auch für sie bindend sein werden, also nicht nur an den Paragraphen 89, sondern auch an den Paragraphen 88 und bezüglich des Transitverkehrs auch an den Paragraphen 88. In Stelle des Rechts ist im Osten die Politik getrieben, und das ist doch für das Ansehen des Obersten Rates und des Völkerbundes nicht eben förderlich. Die Abschaffung der Willkür läge auch im Interesse der Polen selbst. Für die Forderungen und Bedürfnisse Ostpreußens muß in dem polnischen Gesamtministerium eine zentrale Stelle geschaffen werden. Der Seekt'sche noch Ostpreußen muß ausgetilgt werden und substituiert werden. Die Bemühungen Etkamers in London, die Friedensbedingungen betreffend den Schiffbau zu unseren Gunsten umzuändern, müssen unterstützt werden. Das ist auch für die Bestimmungen wichtig. Das polnische Parlament hat schon beschlossen, eine kleine Antwerpener Station zu lassen, wenn die polnischen Kommissionen sich so schnell zeigen, die polnisch Abstimmen zu schließen.

Herr Graf v. Dolfus (D. Vpt.): Dem Prinzip ist vor dem

bar für seine Anknüpfung, energische Maßnahmen hätten aber vielleicht eine etwas größere Sprache gewünscht gegenüber dem brutalen Ostpreußen der Polen.

Herr Schulz-Wechsungen (Zentrum) wendet sich besonders gegen eine Auslösung des Abgeordneten Wolf, der die heutigen Schwierigkeiten mit Polen auf die preisliche Polenpolitik und die Galizien zurückzuführen hätte. Wenn möge Leute zu den Verhandlungen nach Warschau schicken, die von den Dingen etwas verstehen. Unsere Auslandspolitik müßte in Bismarck'schem Geiste geführt werden.

Reichsminister Dr. Köhler: Gegenüber einer Bemerkung des Abgeordneten Seidlich ist gesagt, daß eine der sechs Abteilungen des Auswärtigen Amtes für den Osten bestimmt ist und eine von deren Unterabteilungen für Polen. Sonderabmachungen mit Polen existieren nicht, die die Polen befristeten, uns Schlägen zu machen. Danzig bleibt deutsch. Wenn wir hier aber Auslandspolitik betreiben, so geschieht das aus praktischen Gründen, um Schwierigkeiten umgehen zu können. Reichsminister Müller: Der Abgeordnete Schulz ist noch in dem Gedankenkreis von vor 40 bis 50 Jahren befangen. Die fremden Diplomaten sind heuteutage auch keine Fachleute. Der Minister des Außen soll durch seine Persönlichkeiten und seine Politik Vertrauen im Ausland erwerben, und dazu ist mir doch sehr zu wünschen. (Beifall.)

Herr Gentsch (L. S.): Herr Köhler hat gestern sehr nationalpolitische Töne angeblasen. Die Politik der Polen ist eine Frucht der Politik der Rechten. Die heutigen Minister sind immerhin noch besser als die der alten Zeit. Die Arbeiterpartei will mit den Völkern dieser Welt arbeiten. Deshalb soll die Eisenbahnverträge, die die Eisenbahnen in Polen für ein Militärputz zu befristeten. Das war natürlich Tendenz. Die Abschirmung der Interpellation vor, für die Rechten zu wirken. Damit schließt die Verhandlung.

Es folgt die dritte Beratung betreffend Beendigung von Patent- und Warenzeichenschutz. Der Entwurf wird ohne Ausprobier erliebt.

Zweite Beratung des Entwurfes eines Reichsausschusses.

Herr Schneider (Zentrum, Vpt.): Wir wollen diese Auslegung annehmen, aber keinen Rückgang für künftige Beschränkungen schaffen. Sie haben keine richtigen Ermittlungsmethoden für das Vermögen. Das Papiergeld ist ein solcher Maßstab nicht.

Regierungsbüro wird erklärt, daß alsobald dem Hause ein Steuergesetz vorgelegt wird, welches die Salungsumme besteuert, aber nicht als Sondersteuer, die über den Rahmen der übrigen Steuererträge hinausgeht.

Ohne erhebliche Ausprüche und mit unterbrechenden Änderungen wird der Gesetzentwurf erliebt. Ebenso in dritter Lesung.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes eines Beihilfen-Gesetzes.

Das Gesetz wird auch in dritter Lesung angenommen. Außerhalb der Tagesordnung kommt sodann noch zur Verhandlung ein Antrag des Saubalhausbüros betreffend Ausgestaltung der vereinbarten Feuerungsbedingungen für die Eisenbahnverkehrsunternehmen, die zwischen den Reichs-Eisenbahnenverkehrsorganisationen vereinbart worden sind. Eine entsprechende Ermächtigung soll für die übrigen Zweige der Verstaatlichung erteilt werden. Es handelt sich zunächst um einen Betrag von 2 1/2 Millionen.

Reichsfinanzminister Meißner: Die finanzielle Lagezeit ist außerordentlich groß für das Reich. Der Reichsminister und der Staatsminister sind mit mir einig, die Konsequenzen dieses Antrages auf uns zu nehmen. Die Reichsbesoldungsordnung wird zunächst sich darauf aufbauen müssen. Die Verhandlungen über einen Beihilfen-Gesetz mit den Eisenbahnverkehrsorganisationen beginnen in den nächsten Tagen. Die Eisenbahnverkehrsunternehmen sind nicht zu befristeten. Die Anfertigung der Straß ist mit dem demokratischen Gedanken nicht zu vereinbaren. Mit dem Verenden dieser Zuschüsse wird allerdings die Finanzgebahrung des Reiches auf lange hinaus auf das empfindlichste beeinträchtigt. Ich werde über unsere finanzielle Lage Anfang nächster Woche sprechen.

Herr Baumbach (Zentrum): Wir befinden uns in einer Zwangslage. Wir stimmen zu.

Reichsminister des Außen Dr. Köhler: Die Forderungen der Arbeiter sind noch eingehender Prüfung leitend des polnischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und des Reichswehrministeriums für durchaus berechtigt anerkannt worden, insbesondere bezüglich mit den Forderungen in der Privatindustrie und den öffentlichen Betrieben. Wir erwarten aber, daß diese Streitabhandlung die letzte war, und daß die Arbeiter ihre ganze Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellen.

Herr Baumbach (Zentrum): Es war früher nicht üblich, Verordnungen von großer Tragweite zu verhängen. Aber heute wird jetzt nicht die Streikbewegung befragt. Gegen solches Vorgehen protestieren wir. Die Beamtenverordnungen werden viel länger als einem Jahre auf eine Verbesserung durch Lage. Es wird so schwer gemacht, diesem Antrage zugunsten zu sein.

Reichsminister des Außen Dr. Köhler: Die Reichsregierung ist dem Reichsminister des Außen Dr. Köhler. Wir erkennen an, daß die Beschränkung der Zulassung notwendig ist, wir möchten auch, daß die Beschränkung der Forderungen der Arbeiter dem Reichsminister des Außen beizustimmen ist. Wir protestieren gegen die Beschränkung.

